

Dienstag, 12. Mai 2026

Weitere Meinungen zur vieldiskutierten «Nachhaltigkeitsinitiative» der SVP

Zur Abstimmung
vom 14. Juni 2026

Die Zuwanderung stellt die Schweiz vor reale Herausforderungen. Wer das bestreitet, macht es sich zu einfach. Wir brauchen genügend Wohnungen, eine leistungsfähige Infrastruktur, gute Schulen, eine funktionierende Gesundheitsversorgung und ein Asylwesen, das Ordnung schafft. Genau deshalb ist die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP der falsche Weg. Eine starre Bevölkerungszahl von 9,5 oder 10 Millionen in die Verfassung zu schreiben, löst kein einziges konkretes Problem. Sie schafft keine zusätzliche Wohnung, verkürzt keinen Stau und bringt keine einzige Ärztin und keinen Arzt mehr in eine Praxis. Das zeigt sich ganz praktisch vor Ort: Im Gesundheitspunkt Oberägeri sind zurzeit drei von drei Ärzten nicht schweizerischer Herkunft. Ohne Fachkräfte aus dem Ausland wäre die medizinische Versorgung vielerorts noch schwieriger. Die bessere Antwort wäre, in der Schweiz mehr medizinisches Personal auszubilden und die Rahmenbedingungen für Hausarztpraxen zu verbessern.

Das einzige Rezept, das die Initiative vorsieht, ist die Kündigung der Personenfreizügigkeit. Damit steht früher oder später der bilaterale Weg der Schweiz mit Europa auf dem Spiel. Auch das Schengen-/Dublin-System mit seiner Zusammenarbeit im Asylwesen und in der Polizeiarbeit würde gefährdet. Für die Schweiz, mitten in Europa, wäre das keine Stärkung, sondern eine selbstgewählte Isolation. Im schlechtesten Fall würden

wir für in Europa abgewiesene Asylbewerber sogar zur attraktiven Anlaufstelle. Dieses Eigengebot will ich nicht. Die Sorgen vieler Menschen über das Wachstum der Bevölkerung müssen wir ernst nehmen. Die Zuwanderung darf nicht überbordend. Aber wir brauchen wirksame Lösungen: mehr Ausbildung, genügend Wohnungen, leistungsfähige Infrastruktur, Unternehmen, die stärker auf einheimische Fachkräfte setzen, und ein konsequentes Asylwesen. Darum Nein zur SVP-Nachhaltigkeits-Initiative.

Peter Letter, Kantonsrat FDP, Oberägeri

40 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz ab 15 Jahren haben gemäss Bund einen Migrationshintergrund – das entspricht rund 3,019 Millionen Menschen. Im europäischen Vergleich ist das ein Spitzenwert, und auch weltweit ist dieser Wert hoch. Deutschland liegt trotz seiner ausgeprägten Willkommenskultur bei rund 20 Prozent, das klassische Einwanderungsland USA bei etwa 15 Prozent. Die Schweiz ist damit längst zu einem Einwanderungsland geworden. In den vergangenen Jahren wurde viel Integrationsarbeit geleistet. Umso wichtiger ist es nun, einen Moment innezuhalten und die weitere Entwicklung mit Bedacht zu steuern. Deshalb ist ein Ja zur Initiative weder fremdenfeindlich noch rückwärtsgerichtet, sondern Ausdruck des Wunsches nach einer Phase der Konsolidierung und einer Verschnaufpause bis 2050.

David Meyer, Oberwil bei Zug

Bei der Abstimmung zur Initiative «Keine 10-Millionen Schweiz» passt meiner Meinung nach das Sprichwort: Was auch immer du tust, tue es klug und bedenke das Ende! Was auf den ersten Blick als einfache Problemlösung daherkommt, entpuppt sich bei vertieftem Betrachten als negativ, mit schwerwiegenden Folgen für die Bevölkerung, die Wirtschaft und unsere Institutionen.

Die Wirtschaft sucht Arbeitskräfte – und es kamen Menschen. Sie verrichten nicht nur hochqualifizierte Arbeit in Unternehmen, in Hochschulen oder im Gesundheitswesen, sondern erledigen auch Arbeiten, die wir lieber nicht selbst auf uns nehmen wollen, sei es in der Reinigung, auf dem Bau, in der Logistik und Gastronomie oder als Erntehelfer in der Landwirtschaft. Wer nun die Höchstzuwanderung mit einer Maximalzahl festlegen will, sollte konsequenterweise sagen, wer von uns in Zukunft diese Leistungen erbringen wird.

Seltzaam mutet die Behauptung der ansonsten sich wirtschaftsliberal nennenden Initianten an, der Staat – sprich die Verwaltung – solle die Zuwanderung wieder wie früher mit Kontinenten lösen. Niemand wird behaupten, die aktuelle Situation beinhalte keine Probleme. Aber es ist zu einfach, die Schuld daran allein der Zuwanderung zuzuschreiben.

Auch wir belasten, oft unnötig, unsere Verkehrsinfrastruktur, auch wir verfügen über immer grösseren Wohnraum, und auch wir nehmen unsere Sozialwerke und unser Gesundheitswesen zunehmend in Anspruch. Die Personenfreizügig-

keit ist ein zentrales Element der EU. Mit den bilateralen Verträgen III erhalten wir ein Instrument, bei dem wir bei überbordender Zuwanderung Restriktionen ergreifen können. Wenn wir unser Verhältnis zur EU mutwillig mit dieser Initiative aufs Spiel setzen, müssen wir uns dereinst nicht wundern, wenn die EU wenig Interesse bekundet, mit uns einen offenen und fairen Handel zu betreiben, einen unverzichtbaren Zugang in Forschung und Bildung zu gewährleisten oder die Flüchtlingsproblematik mit dem Dublin-Verfahren gemeinsam anzugehen.

Wer sich unvoreingenommen mit diesen Themen stellt, wird erkennen, dass wir mit dieser Initiative keine Probleme lösen, sondern uns wenig klug das eigene Bein stellen. Handle klug und bedenke das Ende!

Peter Bieri, alt Ständerat, Die Mitte, Hünenberg

Der SVP Nachhaltigkeitsinitiative wird unterstellt, sie sei zu radikal, löse keine Probleme und schaffe Chaos. Dies jedoch ist nicht ein Volksbegehren der radikalen Rundumschläge. Mit Mass und Vernunft setzt die Initiative da an, woran staatliche Steuerungsmechanismen bisher scheiterten. Im Kern will die SVP damit die nach oben offene Zuwanderungsskala einem Prozess der Entschleunigung zuführen, der unkontrollierten Einwanderung auch in die Sozialwerke einen Riegel schieben.

Wie jede Initiative vom Thema Migration wird diese Vorlage, die im Kern eine Decke-

lung der Einwanderung fordert, mit dem Argument, sie sei wirtschaftsfeindlich und gefährde den Wohlstand, bekämpft. Fakt aber ist, dass die Zuwanderung, sei es im Asyl- oder Ausländerbereich, der letzten paar Jahrzehnte zu einem massiven Kulturlandverlust, einer Zersiedelung, einem Dichtestress und somit einer Minderung an Lebensqualität geführt hat. Lebensqualität lässt sich eben nicht an wirtschaftlichen Parametern messen, sondern richtet sich an den Kriterien einer gesunden Wechselwirkung zwischen den Belangen des Umweltschutzes und einer massvollen Bevölkerungsentwicklung aus. Solche ökonomischen Argumente greifen denn auch zu kurz. Die zwar wesentlich auch durch Zuwanderung getragene wirtschaftliche Prosperität gerät aufgrund der stetig steigenden Zahl ausländischer Arbeitsloser und Sozialhilfebezügler immer mehr in Schiefelage. Gerade für im Niedriglohsektor Beschäftigte besteht so ein erhöhtes Risiko, irgendwann auf staatliche Zuwendungen angewiesen zu sein.

Territorial begrenzt, verfügt die Schweiz im Verhältnis zur Einwohnerzahl nur über knapp bemessene Ressourcen. Infrastrukturell sind die Belastungen denn auch enorm, was sich unter anderem im gewaltigen Sanierungsbedarf des Schienennetzes manifestiert. Diese Einwanderung befeuert zudem auch die Mietpreise. Angetrieben durch Immobilienspekulationen im Hochpreissegment, und einem Nachfrageüberschuss an günstigem Wohnraum, ausgelöst durch die enorme Zuwanderung, sehen sich

Einheimische besonders in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte einem zunehmenden Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. Mit stadtplanerischen Massnahmen wie dem verdichteten Bauen versucht man den massiven Kulturlandverschleiss einzudämmen. Die kalte Anonymität einer Megacity wie Tokio oder New York tritt dann an die Stelle jahrzehntlang gewachsener städtischer Strukturen.

Otto Rölli junior,
Menzingen

Die Meinungen zur Abstimmung sind mehrheitlich gemacht. Gemäss den Befragungen wird ein spannendes, knappes Rennen erwartet. So werden die momentan noch 6 Prozent Unentschlossenen das «Zünglein an der Waage» spielen und über «make or break» der Initiative entscheiden, sofern sie denn abstimmen.

Diesen noch Unentschiedenen schlage ich vor, im kleinen Kämmerlein zu überlegen: Will ich mehr Lebensqualität, dafür weniger Wachstum, oder mehr Wachstum, dafür weniger Lebensqualität?

Insbesondere auch mit Sicht auf unsere Nachfahren sollte die Frage eigentlich einfach zu beantworten sein. Einwas Entschleunigung tut allen gut und die kolportierten möglichen Ungewissheiten bei einer Annahme der Initiative können dann angegangen werden, wenn sie auch mal wirklich auftreten.

Ruedi Auf der Maur,
Cham

Mitgegangen, mitgehangen

«Die Achse Moskau-Zug»
vom 9. Mai 2026

Aber natürlich, Frau Office-Managerin des russischen Gaskonzerns mit Sitz in Zug, ist Ihre Firma ein Monster! Genauso wie der russische Tyrann eines ist, welcher seit über vier Jahren Krieg führt, Hunderttausende Tote und Kriegsverletzte verantwortet und mit dem Feuer spielt, indem er nicht mal vor Angriffen gegen ukrainische Atomkraftwerke zurückschreckt.

Mitgegangen, mitgehangen. Die Firma mit angeblich 15 Milliarden Franken Umsatz hilft mit, die Kriegskassen des Tyrannen zu füllen. Beschämend, ja skandalös ist, wie die Zuger Behörden Firmen solcher Art gewähren lassen. Firmen, deren Telefone nicht mehr in Betrieb sind, welche Journalisten abmühen und sich in Schweigen hüllen, haben sehr viel zu verstecken. Ekelhaft. Wo überall sie sitzen – auch in Zug.

Ueli Krasser, Hagendorn

Es wird Zeit für das Analoge

Zur Digitalisierung

Naivlinge wie Mark Zuckerberg versuchen unsere Welt zu gestalten. Mit aller Macht bekämpfen sie das, was unsere Gesellschaft ausmacht, nämlich den sozialen Zusammenhalt. Im Juli 2021 wollte Mark Zuckerberg sein gesamtes Facebook-Imperium auf das Metaversum konzentrieren und betonte vollmundig, dass wir unsere Freunde in Zukunft im Metaversum finden werden. Nun wird dieser Irrsinn im Juni eingestampft und durch

den Irrsinn KI ersetzt, denn Mark Zuckerberg hat nichts gelernt und setzt nun alles auf KI und betont in Fortsetzung der unendlichen Dummheit, dass unsere Freunde in Zukunft KI-Freunde sein werden. Diese Technilliardäre mögen in sehr begrenztem Raum Genies sein, aber von dem, was unsere Gesellschaft zusammenhält, haben sie keine Ahnung. Sie huldigen der Digitalisierung und merken nicht, dass in den letzten Jahren kein einziges IT-Projekt unser Leben vereinfacht hat. Alles,

was die Softwareingenieure produzieren, ist unbrauchbar und viel zu kompliziert. Ich nenne nur zwei Beispiele: Die neue Software des Seco und die völlig unnötige Neugestaltung der Software für die Steuererklärung. Die IT-Branche kostet uns nur Nerven und Milliarden an Folgekosten. Es wird Zeit für das Analoge, das funktionierte wenigstens und vor allem zerstört es nicht unser gesellschaftliches Leben.

Michel Ebinger, Rotkreuz

Warum das Image als Wirtschaftspartei die FDP zerstört

Zu den parteipolitischen
Schwierigkeiten der FDP

Als ich vor sechs Jahren das Präsidium der FDP Cham übernommen habe, war eines meiner wichtigsten Ziele klar: Ich will die FDP als das zeigen, wie ich sie verstehe. Nicht als Wirtschaftspartei, sondern als freiheitlich-demokratische Partei. Das steht eigentlich schon im Namen.

Wir Liberalen stehen für Eigenverantwortung, Demokratie, Vernunft und Freiheit. Natürlich sind diese Werte auch

wirtschaftsfreundlich. Denn Freiheit schafft Innovation, Leistung und Wohlstand. Aber das macht uns noch lange nicht zum verlängerten Arm von Economicsuisse oder irgendwelchen Verbänden.

Genau hier liegt unser Problem. Seit Jahren kämpfen viele Liberale an der Basis gegen ein Image, das uns politisch immer mehr schadet. Während wir in den Gemeinden versuchen, die echten Sorgen der Bevölkerung aufzunehmen, entsteht gegen auf ein ganz anderes Bild der Partei.

Wer wie ich gerade jetzt als Kantonsratskandidat regelmässig «bi de Lüüt» unterwegs ist, merkt schnell: Unsere liberalen Werte kommen an. Die Menschen wollen Freiheit statt Bevormundung. Sie wollen einen Staat mit Augenmass und keine Politik, die ihnen ständig erklärt, wie sie zu leben oder zu reden haben.

Aber genauso oft höre ich: «Die FDP macht ja sowieso nur Politik für die Wirtschaft.» Genau dieses Image frisst langsam unsere Glaubwürdigkeit auf. Manchmal fühlt sich die

Arbeit in den Sektionen an wie die Geschichte von Sisyphus: Wir versuchen, die Anliegen der Bevölkerung auf die liberale Waage zu legen. Doch gleichzeitig werfen mächtige Wirtschaftsverbände tonnenschwere Interessen auf die andere Seite. Das Gleichgewicht geht verloren und mit ihm unsere Glaubwürdigkeit.

Wenn wir Liberalen es nicht schaffen, diesen Deckmantel endlich abzuwerfen, werden wir weiter an Vertrauen verlieren. Dann droht uns irgendwann dieselbe Bedeutungs-

losigkeit, in welche die deutschen Liberalen bereits geraten sind. Ich will eine FDP, die wegen ihrer Werte gewählt wird. Nicht wegen Lobbyisten. Nicht wegen Ideologien. Nicht wegen Wirtschaftsverbänden. Sondern weil sie glaubwürdig für Freiheit, Eigenverantwortung und Demokratie einsteht. Die Menschen spüren sehr genau, ob eine Partei aus Überzeugung handelt oder ob sie nur noch fremde Interessen verwaltet.

Tao Gutekunst, Cham

Adresse für Leserbriefe

Die Adresse für Leserbriefe lautet redaktion-zugerzeitung@chmedia.ch. Bitte geben Sie stets Ihre vollständige Adresse an und fassen Sie sich kurz, damit möglichst viele Texte Platz haben. Ihr Leserbrief sollte maximal 2200 Zeichen (inklusive Leerschläge) umfassen.

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder nicht zu veröffentlichen.

ANZEIGE



«Ja zu preisgünstigem Wohnen.»
Gabriela Furrer,
Alternative – die Grünen

JA
ZUM
LEBENSRAUM
METALLI am
14. Juni
2026
Überparteiliches Komitee
www.ja-fuer-zug.ch